

---

## Analyse der Stimmung der Bewohner des Grenzgebietes in Berlin-Mitte vom 21. Februar 1962

Die Teilung der Stadt Berlin durch den Mauerbau machte viele Bürger unzufrieden. Die Stasi dokumentierte die Stimmung der Anwohner entlang der Grenze im Stadtbezirk Berlin-Mitte.

Die Schließung der Grenze und der Bau der Berliner Mauer im August 1961 lösten bei vielen Betroffenen Verzweiflung und Empörung aus. In den ersten Wochen und Monaten schlug die Frustration noch häufig in Protest- und Widerstandsaktionen um – sowohl in Ost- wie auch in West-Berlin. Je höher und undurchlässiger die Grenzbefestigungen wurden, desto stärker resignierte die Bevölkerung und die Proteste flauten ab. Gab es anfangs noch erhebliche Lücken im Sperrsystem, gelang es den DDR-Sicherheitsbehörden diese allmählich zu schließen.

Auch das MfS profilierte sich in den Monaten nach dem Mauerbau mit Vorschlägen und Maßnahmen zur Verhinderung von "Grenzdurchbrüchen". Zum Beispiel wurden alle bekannten Fluchttunnel erfasst. Im Dezember 1961 veranlasste der Stellvertreter Erich Mielkes, Bruno Beater, die Stimmung in den Grenzregionen besonders sorgsam zu beobachten.

Das vorliegende Dokument der MfS-Bezirksverwaltung Berlin ist eine solche Stimmungsanalyse für den Stadtbezirks Mitte. Die Staatssicherheit dokumentierte darin die Unzufriedenheit vieler Bürger mit den Wohnverhältnissen im unmittelbaren Umfeld der Mauer. Verwandte und Bekannte aus dem Westteil der Stadt durften ihre Angehörigen in Ost-Berlin erst wieder im Dezember 1963 besuchen, nachdem sich beide deutsche Staaten auf ein Passierscheinabkommen einigten.

---

**Signatur:** BArch, MfS, AS, Nr. 204/62, Bd. 7, Bl. 43-44

---

### Metadaten

Diensteinheit: Bezirksverwaltung      Datum: 21.2.1962  
Berlin, Informationsgruppe

## Analyse der Stimmung der Bewohner des Grenzgebietes in Berlin-Mitte vom 21. Februar 1962

Verwaltung Groß-Berlin  
- Informationsgruppe -

Berlin, den 21.2.1962

64/62

BSU  
000043

Informationsgruppe

Betr.: Einschätzung der Stimmung der Bewohner des Grenzgebietes im Stadtbezirk Mitte

Im allgemeinen kann festgestellt werden, daß sich die meisten Bewohner der Häuser unmittelbar an der Staatsgrenze mit den Bedingungen, unter denen sie jetzt leben müssen, abgefunden haben.

Es gibt jedoch nicht wenig Bürger, die über ihre augenblicklichen Wohnverhältnisse sehr unzufrieden sind und dies bei jeder Gelegenheit auch zum Ausdruck bringen. Der Wunsch, eine andere Wohnung im Stadtbezirk zu erhalten ist fast bei allen vorhanden. Die meisten Diskussionen werden um das Problem der Passierscheine geführt. Durch die Grenzpolizei werden Passierscheine nur in äußerst begrenztem Rahmen ausgegeben. Viele Bürger verstehen nicht, daß hier ein strenger Maßstab angelegt werden muß. Den Hauptanstoß in dieser Beziehung haben die Grenz-ABV abzufangen, weil sich viele Bürger an sie wenden mit der Bitte, für Verwandte und Bekannte einen Passierschein auszustellen.

Bei der Abteilung Wohnungswesen des Rates des Stadtbezirkes liegen eine Reihe von Anträgen mit der Bitte um Zuweisung einer anderen Wohnung, die nicht unmittelbar im Grenzgebiet liegt, vor. Als Gründe bringen die Bürger zum Teil zum Ausdruck, daß sie in ihrer jetzigen Wohnung nicht von ihren Verwandten und Bekannten besucht werden können.

Ein junges Ehepaar aus der Luckauerstraße erschien in der Abt. Wohnungswesen und begründeten ihren Antrag auf Zuweisung einer anderen Wohnung damit, daß die Ehefrau schwanger und kränklich wäre und in der jetzigen Wohnung die Hilfe ihrer Mutter oder Schwiegermutter nicht in Anspruch nehmen könnte.

In einem anderen Fall beschwerten sich Mieter über Schäden an den Häusern und vorhandene Verschmutzung. So wohnen im Haus Dresdnerstraße 114/Seitenflügel nur noch 3 Mietparteien. Sie

- 2 -

## Analyse der Stimmung der Bewohner des Grenzgebietes in Berlin-Mitte vom 21. Februar 1962

- 2 -

BStU  
000044

führen Klage darüber, daß die sanitären Anlagen nicht mehr funktionieren, die Aufgänge total verschmutzt wären und die Rattenplage überhand nähme.

Das Ehepaar [REDACTED] aus der [REDACTED] stellte den Antrag auf eine neue Wohnung, weil es in beiden Zimmern ihrer jetzigen Wohnung durchregne und die KVV Reparaturen im Grenzgebiet nicht ausführe.

Ein anderer Teil von Mietern erklärt beim Antrag offen, daß sie die Aussicht auf die "Mauer" und den "Stacheldraht" nicht mehr ertragen könnten.

Charakteristisch für das unmittelbare Grenzgebiet ist ferner, daß dort laufend Gerüchte kursieren. In der Boyenstraße ist gegenwärtig das Gerücht stark verbreitet, daß diese Straße zum Frühjahr geräumt würde. Mit solchen Gerüchten werden aber die Bewohner ständig in Bewegung gehalten, auch der Teil, der sich mit den Lebensverhältnissen an der Grenze abgefunden hat. Die politische Arbeit wird dadurch sehr erschwert. Oftmals erklären Bürger, bei dem Versuch Hausgemeinschaften zu bilden bzw. gemeinsame Einsätze durchzuführen, daß dies alles keinen Zweck mehr hätte, da die Häuser ja über kurz oder lang doch geräumt werden würden.

Starke Diskussionen gibt es ferner über die Fragen der Versorgung, besonders mit Obst und Südfrüchten. Dazu ist einzuschätzen, daß die Grenzbewohner vor dem 13.8. in erheblichem Maße Einkäufe in Westberlin tätigten, bzw. zum großen Teil als Grenzgänger in Westberlin arbeiteten. Diese Personen nutzen die Versorgungslage aus, um Stimmung gegen die Maßnahmen vom 13.8. zu machen. Dabei treten zahlreiche feindliche Argumente auf, wie

- wir sind hier eingesperrt, wie im Gefängnis
- alles ist hier verboten, nichts darf man tun ohne Kontrolle
- die Polizei sieht uns bis ins Bett
- wenn wir aus dem Fenster sehen, sehen wir nicht weiter als Mauer und Stacheldraht.

Die angeführten Probleme und Stimmungen sind typisch für das unmittelbare Grenzgebiet. In der Arbeit des Staatsapparates und der gesellschaftlichen Organisationen müßte das ein Schwerpunkt in der Arbeit sein.

*Tropf*